Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 295/2026
Kiel, 02.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

LNG-Terminal Brunsbüttel droht zum nächsten Millionengrab zu werden

Eine neue Studie im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) kommt zu dem Ergebnis, dass synthetisches Methan als Ersatz für fossiles Flüssigerdgas zu ineffizient und zu teuer ist. Damit wachsen auch die Zweifel an der Zukunftsperspektive des LNG-Terminals in Brunsbüttel. Dazu erklärt die wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

„Noch 2022 schrieben die Grünen in ihr Wahlprogramm: ‚Schleswig-Holstein braucht kein LNG-Terminal.' In Regierungsverantwortung konnte es mit dem Bau dann gar nicht schnell genug gehen. Schon damals haben wir vor Überkapazitäten, hohen Kosten und neuen fossilen Abhängigkeiten gewarnt. Und heute verteidigen die Grünen das Projekt mit der Aussicht auf eine spätere Nutzung grüner Energieträger. Wie sollen die Menschen solche Wahlversprechen eigentlich noch ernst nehmen?
Die neue DUH-Studie zeigt am Beispiel Wilhelmshaven, dass synthetisches Methan aus grünem Wasserstoff wirtschaftlich kaum darstellbar ist. Das wirft auch für Brunsbüttel erhebliche Fragen auf. Mit HyScale 100 bei Heide ist gerade erst ein ambitioniertes Wasserstoff-Großprojekt krachend gescheitert.
Dabei ist in Brunsbüttel nicht einmal eine spätere Umrüstung vorgeschrieben. Lediglich der fossile Betrieb ist nach geltendem Recht bis

Ende 2043 begrenzt. Rechnet sich die Umrüstung nicht, könnte der Betreiber das Terminal einfach abschreiben. Dann steht hier die nächste teure Industriebrache. Oder noch schlimmer: eine künftige Regierung ändert die Spielregeln und ermöglicht den fossilen Weiterbetrieb.
Bezahlt wird das LNG-Geschäft schon heute auch von den Gaskunden. Verflüssigung, Transport, Infrastruktur und Terminalbetrieb kosten viel Geld und verteuern die Beschaffung. Hinzu kommen die Risiken internationaler Lieferketten, wie die Ausfälle aus Katar gerade wieder zeigen. Ausgerechnet die Grünen, die jetzt ihre soziale Ader entdecken, halten an dieser teuren fossilen Infrastruktur fest.
Der SSW hat das LNG-Terminal in Brunsbüttel von Anfang an abgelehnt. Daran hat sich nichts geändert. Statt Milliarden in neue fossile Infrastruktur zu stecken, müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen. Die Energiewende kann nicht gelingen, wenn wir immer neue Abhängigkeiten von teuren fossilen Energieträgern schaffen. Eine echte soziale Energiewende gibt es eben nur mit dem SSW.“